

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Neussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 36/38
Telex: 08 86 846-49 ppbn d

Inhalt

Der hessische SPD-Fraktionsvorsitzende Karl Schneider über Holger Börners erstes Jahr als Ministerpräsident

Seite 1/2

Erwin Stahl MdB untersucht die energiepolitischen Vorstellungen der Opposition

Seite 3/4

Vor einem Umdenken in der Entwicklungshilfe? Anmerkungen zum Kongreß "Frauen in Afrika"

Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Kölner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 86 11

32. Jahrgang / 196 /

12. Oktober 1977

Die SPD ist wieder in der Offensive

Holger Börner ein Jahr Ministerpräsident in Hessen

Von Karl Schneider MdL

SPD-Fraktionsvorsitzender im hessischen Landtag

Ministerpräsident Holger Börner ist ein Jahr im Amt. Als er am Mittag des 12. Oktober 1976 nach der einstimmigen Wahl durch alle 57 Abgeordneten der Koalition als erste Amtshandlung am Grabe seines großen Vorgängers und Mentors, Georg August Zinn, einen Blumenstrauß in den rot-weißen Landesfarben niederlegte, setzte er damit einen politischen Akzent, der auch heute 365 Tage später das Wirken Holger Börners bestimmt: Die Sozialdemokraten in Hessen müssen das Vertrauen der Bürger dieses Landes wieder gewinnen, das sie sich in der Ära Zinn durch politische Phantasie, persönlichen Fleiß und menschliche Redlichkeit verdient hatten.

Nach einem Jahr Amtszeit in der Staatskanzlei ist der Ministerpräsident auf diesem Weg ein gutes Stück vorangekommen und er hat dabei auch der Partei in Hessen wieder Schwung gegeben. Am kommenden Sonntag wird in Fulda "in der Höhle des Löwen" der zweitstärkste Landesverband der SPD im Bundesgebiet gegründet. Ein von der Parteibasis gewählter Landesvorstand mit Holger Börner an der Spitze wird dann in der Lage sein verbindliche landespolitische Leitlinien aufzuzeigen.

Daß dies in Hessen mit seinen oft als Muster an Gegensätzlichkeit bezeichneten beiden Parteibezirken "Süd" und "Nord" möglich ist, darf nicht nur als Folge des Zusammenrückens nach der Kommunalwahl-niederlage im Frühjahr 1977 gesehen

werden: Hier zeigt sich vor allem die günstige Konstellation einer sowohl von Vernunft als auch von dem Gefühl geprägten Übereinstimmung zwischen dem Wunsch der Partei, Holger Börner die Einführung anzuvertrauen und seinen erklärten Willen die Partei in den Wahlkampf und zum Erfolg zu führen.

Die SPD-Landtagsfraktion versteht sich als festes Fundament der Regierung auf das sich Holger Börner jederzeit verlassen kann. Die Fraktion trägt die Regierung, sie tritt nicht mit ihr in Konkurrenz. Der Ministerpräsident und die sozialdemokratischen Ressortchefs, vier von ihnen, Armin Klaus, Willi Cörlach, Hans Grollmann und Heribert Reitz, sind ehemalige Fraktionsvorsitzende, erwidern diese Haltung mit einer beispielhaft engen Zusammenarbeit, wie man sie gerne allen Genossinnen und Genossen in den Fraktionen des Bundestages und der Länder wünscht, in denen Sozialdemokraten die Regierung stellen. Die kluge und souveräne Art in der Holger Börner das Verhältnis zum Koalitionspartner FDP in Hessen gestaltet, hat sich zudem auf das Klima zwischen den beiden Fraktionen günstig ausgewirkt. Die Koalition zwischen Sozialdemokraten und Freien Demokraten in Hessen steht in diesen Oktobertagen so stabil und selbstsicher da, wie selten zuvor in ihrer nun siebenjährigen Dauer. Der Ministerpräsident hat sich von Anfang an das Ziel gesetzt den hessischen Landtag wieder zu einem Forum für die Landespolitik der Regierung zu machen. Das Parlament das von der hessischen CDU und ihren eifernden Protagonisten zur Schaubühne für Hetzkampagnen unfunktioniert zu werden drohte, debattiert wieder. Börner gibt dafür drei Beispiele: Er forderte und beharrte auf der Sanierung der hessischen Landesbank; er konfrontierte die Opposition mit einem klaren Bekenntnis zur Fortsetzung der Reformen in der Bildungspolitik; er zerschlug mit seiner Regierungserklärung zur Rundfunk- und Pressefreiheit die Absicht der CDU, sich dieses Themas zu bemächtigen.

Für die SPD-Landtagsfraktion ergeben sich vor diesem Hintergrund Perspektiven, die lange schon als Pflicht vermißt wurden. Die Koalition ist unter Holger Börner im Parlament wieder in die Offensive gegangen. Ein Wellenschlag, der sich vom Abgeordneten über die Mandatsträger und Funktionäre in den Bezirken und Unterbezirken bis hin zu den Mitgliedern fortzupflanzen längst begonnen hat.

Die Stunden um den Jahrestag der Wahl Holger Börners sind gekennzeichnet von den schwierigen Aufgaben, die sein schweres Amt von ihm zu lösen verlangt. Kämpfen im Bundesrat für die Einführung des für die Schulreform so wichtigen Stufenlehrers und seine angemessene Bezahlung, Koalitionsgespräch über die Zukunft von Gießen und Wetzlar, Kabinettsitzung über Fragen des Landeshaushalts 1978, Folgen einer Flugzeugentführung aus der CSSR, nachdem die Maschine in Frankfurt gelandet ist.

Zum Feiern ist keine Zeit, aber das Gefühl in der Fraktion politisch endlich wieder kräftig durchatmen zu können, schafft die Kraft für die kommenden zwölf Monate bis zur weit über Hessen hinaus bedeutsamen Landtagswahl-Entscheidung. &-/12.10.1977/hj/hqs)

CDU hat gemeinsame Plattform verlassen

Anmerkungen zum energiepolitischen Kongreß der Union

Von Erwin Stahl MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Forschung und Technologie

Propagandistische Anstrengungen kennzeichneten einmal mehr die Methode der CDU, schwierige Themen sachlich zu entleeren und zu Instrumenten gegen die sozial-liberale Koalition umzufunktionieren.

Die CDU glaubt, man könne eine so entscheidende Frage wie die der friedlichen Nutzung der Kernenergie mit all den Bedenken und Ängsten, die dabei aufgerührt werden, ohne grundlegende Kontroversen beantworten. Darin kommt ein schwerwiegendes Mißverständnis über das Verhältnis von Parlament und Regierung einerseits, Parteien- und Bürgerinitiativen andererseits zum Ausdruck. Durch ihre Behauptung, die Sozialdemokratische Partei und die Freien Demokraten wollten die Bundesregierung davon abhalten, das Notwendige zu tun, erweckt die CDU den Eindruck, als seien Parteien vom Grundgesetz als Jubeltruppe der Regierung bestimmt.

Die Sozialdemokratische Partei hingegen wird sich nicht davon abhalten lassen, lebendige Demokratie auch dadurch zu praktizieren, daß sie der von ihr getragenen Regierung ständig Fragen nach noch besseren Lösungen stellt. Nur so kann im übrigen in einer viele Menschen aufwühlenden Problematik schließlich eine Übereinstimmung erzielt werden, die das Risiko von Vertrauenskrisen vermeidet. Es gibt in der SPD einen breiten Konsens darüber, daß Kernenergie im Prinzip notwendig und nützlich ist. Aber es wäre eine schlimme Verdrehung der tatsächlichen Verhältnisse, wenn es der CDU oder einem Teil der extremen Kernkraftgegner gelänge, den Eindruck zu erwecken, als sei der Einsatz der Kernenergie in der Bundesrepublik das Herzstück unserer Absatzbewegung von den zur Neige gehenden Primärenergieträgern Erdöl und Erdgas.

Wir brauchen die Kernenergie, um einen kontinuierlichen Übergang vom heutigen Bukett der Energietechnologien zu den Energieversorgungsarten des kommenden Jahrhunderts zu finden. Nach dem heutigen Stand des allgemeinen Wissens wird ein erheblicher Teil der Energieversorgung des nächsten Jahrhunderts durch Energietechnologien erbracht werden, die auf der Veredelung der Kohle fußen. Deshalb ist es richtig, keinen gren-

zenlosen Ausbau der Kernenergie zu planen, auch deshalb, um Kernenergietechnologien noch ausgereifterer Art eine Realisierungschance zu belassen.

Entgegen der Polemik auf dem energiepolitischen Kongreß der CDU haben wir durch die Entsorgungspolitik des niedersächsischen Ministerpräsidenten faktisch ein Moratorium beim Bau von Kernkraftwerken. Deshalb stellt sich für den SPD-Parteitag dieses Problem nicht in der Weise, wie es die CDU gern darstellen würde, um ihre niedersächsische Verantwortung der Bundesregierung zuzuschreiben. Angesichts dieser Gegebenheiten wäre es ein möglicherweise folgenschweres staatspolitisches Versäumnis, auf den Dialog mit jenem Teil der Bürgerinitiativen zu verzichten, der für Argumente offen ist. Die CDU hingegen lehnt diesen Dialog ab mit der absurden Behauptung, es sei gerade von der CDU genügend Argumentationsaufwand betrieben worden, aber leider ohne Erfolg. Daß diese Behauptung ausgerechnet vom Ministerpräsidenten Baden-Württembergs kam, ist nach den Methoden der Auseinandersetzung der dortigen Landesregierung mit den Kritikern und Gegnern der Kernkraft nur grotesk.

Herr Kohl glänzte einmal mehr mit Platitüden, als er eine "Neuorientierung" der Energiepolitik forderte. Die vorgeschlagenen Ziele dieser Neuorientierung - Entwicklung alternativer Energien, langfristige Sicherung der Förderkapazität des Steinkohlebergbaus, Ausbau der "beherrschbaren" Kernenergie - sind exakt die Schwerpunkte des energiepolitischen Programms der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien. In dieser Aufzählung fehlt nur die rationellere Verwendung von Energie. Wer solche "Alternativen" präsentiert und gleichzeitig die Energiekrise zu einer "Führungskrise" der Bundesregierung umdichtet, kann kaum als überzeugende "Regierung im Wartestand" auftreten.

Die CDU hat mit diesem Kongreß die gemeinsame energiepolitische Plattform des Deutschen Bundestages verlassen, die in dem von allen Fraktionen getragenen Beschluß zur friedlichen Nutzung der Kernenergie und rationellen Energieverwendung am 13. Mai 1976 und in der Zustimmung der CDU zu den Grundlinien und Eckwerten für ein Energieprogramm der Bundesregierung enthalten ist. Dies wird insbesondere deutlich in der Forderung, die Bundesregierung solle den Ausbau und Neubau von Kernkraftwerken nicht mehr an die Errichtung des integrierten Entsorgungszentrums koppeln. Aus sicherheitstechnischen und energiewirtschaftlichen Gründen hatte die Bundesregierung den weiteren Ausbau der Kernenergie von einer gesicherten Entsorgung und Wiederaufbereitung abhängig gemacht und sich dabei auch nicht von opportunistischen Einwänden abbringen lassen. Die CDU versucht um eines kurzfristigen parteipolitischen Erfolges willen, jetzt das Handeln der Bundesregierung zu sabotieren. Soll damit Herrn Albrecht über seine landespolitischen Egoismen hinweggeholfen werden?

(-/12.10.1977/ks/gat)

+ + +

"Aufstand" der "Entwickelten"

Afrika will nicht "europäisiert" werden

Wir werden ganz rasch von dem Begriff "Entwicklungshilfe" Abschied nehmen müssen. Der Bonner Kongreß "Frauen in Afrika", der seine Themenbegrenzung sehr schnell übersprang, konfrontierte die eingefahrenen Entwicklungspolitiker mit dem "Aufstand" der Afrikaner: "Wir wollen nicht mehr von Hilfe reden, denn was wir brauchen und wollen, das ist echte Zusammenarbeit, Partnerschaft. Hilfe ist ein Kriterium für Katastrophen." Diese Forderung korrespondiert mit dem Bonner Rollenverständnis in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, das von Bundesminister Marie Schlei vertreten und verfochten wird.

Die Afrikaner setzten beim Bonner Kongreß noch einen Punkt drauf: Sie wehren sich mit aller Entschiedenheit gegen eine "Europäisierung". Sie verlangen vom europäischen Partner mehr und volles Verständnis für ihre eigenen Interessen vor allem in der Wirtschaft. Das heißt ganz konkret, daß die Pläne, die bisher unter "Entwicklungshilfe" gelaufen sind, künftig vordringlich auf die Vorstellungen der Partner in Afrika oder sonst in der Dritten Welt Rücksicht nehmen müssen und nicht, wie gewöhnt, aufgrund von Entscheidungen internationaler Experten dorthin getragen werden. Das bedeutet aber auch, daß die Kriterien, nach denen Entwicklungs-Projekte bisher geplant und realisiert wurden, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen haben. Frau Dr. Katharina Focke will sich in engstem Benehmen mit der Fachministerin im zuständigen Bundestagsausschuß dafür einsetzen, daß diese neuen Kriterien, an denen im Schlei-Ressort bereits engagiert gearbeitet wird, beschleunigt als Richtlinien eingesetzt werden.

Diese neuen Kriterien müssen den Menschen, und vorrangig auch die Frauen und Familien, berücksichtigen, in deren Umweltbereich neue Projekte realisiert werden sollen. Man wird ganz intensiv und detailliert und im engsten Kontakt mit den Partnern die Voraussetzungen prüfen und die Auswirkungen studieren müssen. Man wird das wirtschaftliche, soziale, gesellschaftliche und kulturelle Gefüge einkalkulieren und "vor Ort" kontrollieren müssen. Man wird die Wünsche des betreffenden Landes oder des betroffenen Gebietes und der dort lebenden Menschen zu berücksichtigen haben. Der Bonner Kongreß, der sich zu einem Menetekel entwickelte, brachte zahlreiche Beispiele von anders oder gar gegenteilig behandelten Maßnahmen ans Tageslicht, deren Folgen, wenn schon nicht nur Null, sondern oft auch bedenklich negativ waren. Die Frage des ökonomischen Nutzens wird ganz sicherlich nicht außer acht gelassen werden dürfen, aber sie darf, für keine Seite, die Rangnummer Eins behalten.

Der neue Weg erfordert, wenn er nicht in den Anfängen stecken bleiben soll, mehr Engagement und daher auch mehr Experten. Die mondiale Aufgabe, in die wir uns im Nord-Süd-Problem eingebunden sehen, muß mit Verve angepackt werden. Das verlangt auch mehr Information und mehr Bereitschaft. Sonst packt uns der Katzenjammer früher als Pessimisten das befürchten.

Erhardt Eckert
(-/12.10.1977/vo-he/ja)